

Beschlussvorlage	Ratsgruppe der PDS im Rathaus	
	Datum:24.04.01	
	Drucks.-Nr.:	VO/0306/01/S öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
02.07.2001	Rat der Stadt Wuppertal	Entscheidung
11.09.2001	Verkehrsausschuss	Entscheidung
ÖPNV bleibt kommunale Aufgabe		

Beschlussvorschlag

Erklärung des Wuppertaler Stadtrates:

Der öffentliche Personennahverkehr bleibt kommunale Aufgabe!
Das Nahverkehrsangebot und das soziale Niveau der WSW nicht beschneiden.

Einverständnisse

entfällt

Unterschrift

Antagsteller:
Ratsgruppe der PDS

Elke von der Beek
(Stadtverordnete)

G. – Peter Zielinski
(Stadtverordneter)

Begründung

Der Rat der Stadt Wuppertal unterstützt die Position des Präsidenten des Deutschen Städtetages, Hajo Hoffmann (OB Saarbrücken), daß der Nahverkehr Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge ist. „Daraus ergibt sich die Pflicht für die kommunalen Aufgabenträger im ÖPNV, dort regulierend in den Verkehrsmarkt einzugreifen, wo dies nötig ist, um für alle Bürgerinnen und Bürger ein ausreichendes Verkehrsangebot sicherzustellen" (Erklärung vom 24.8.2000, Spitzengespräch der Präsidenten des Deutschen Städtetages,

des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmer und des Vorsitzenden der Gewerkschaft ÖTV).

Die langfristige Gewährleistung eines ausreichenden und attraktiven ÖPNV-Angebotes ist Bestandteil der sozialen Versorgung der Menschen unserer Stadt und zugleich eine ökologisch orientierte Alternative zum individuellen Autoverkehr. Der ÖPNV darf nicht den Gewinnerwartungen privater Unternehmen unterworfen werden, sondern die Belange einer sozialen und ökologischen Stadtentwicklung müssen Leitmotiv seiner Entwicklung sein. Deshalb muß der ÖPNV in öffentlicher Hand bleiben, städtische Verkehrsbetriebe in kommunaler Verantwortung.

Kürzungen im Linienangebot und in der Zugfolge, Personalreduzierungen und Beschneidungen des sozialen Niveaus, wie Rückstufungen bei den Löhnen für die Beschäftigten, als Vorgriff auf eventuell zu erwartende Verschärfungen aufgrund der Auswirkungen des EU-Rechts, lehnt der Wuppertaler Stadtrat ab. Veränderte Bedingungen für den ÖPNV dürfen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten und der Fahrgäste ausgetragen werden.

Langfristig attraktiv und wettbewerbsfähig bleibt das Verkehrsangebot der WSW, wenn es eine flächendeckende Linienführung, bei kurzer Zugfolge und sozial orientierten Fahrpreisen anbietet. Aber auch mit einem attraktiven Angebot ist kurzfristig kein kostendeckender Verkehrsbetrieb zu erwarten. Eine Subventionierung des ÖPNV, als elementare kommunale Aufgabe, wird auf absehbare Zeit erforderlich bleiben. Aus der sozialen Verantwortung für die Menschen unserer Stadt und zur Aufrechterhaltung kommunaler Selbstverwaltung, gibt es dazu keine kurzfristigen Alternativen.

Nicht zuletzt sind jegliche Überlegungen, die Beschäftigten der kommunalen Verkehrsbetriebe und die Fahrgäste zur Kasse zu bitten" kontraproduktiv im Hinblick auf die laufenden Bemühungen der kommunalen Spitzenverbände, der Gewerkschaften und der Parteien, auf die Entscheidungsprozesse der noch nicht beschlossenen EU-Regelungen für den öffentlichen Nahverkehr ab 2006 zugunsten der kommunalen Belange Einfluß zu nehmen.

Verteiler: